

AL Info² / 19

- 2 Noch ein Wechsel im Gemeinderat: Olivia Romanelli rückt nach für Edi Guggenheim.
- 4 Gegen Umverteilung von unten nach oben: Niggi Scherr über die Steuerpolitik der AL.
- 5 Serie Wahlkampfthemen: Kaspar Bütikofer über die Spartricks des Kantons in der Gesundheitspolitik.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

AL - Liste 8 wählen!

Der Kanton Zürich hat ein Budget von 15 Milliarden Franken. Er entscheidet über die Bildung vom Kindergarten über die Berufsschule bis zur Universität, über die Gesundheit von der Verbilligung der Krankenkassenprämien bis zum Betrieb des Universitätsspitals, über die Raumplanung, über den Strassenbau, die Energieversorgung und – last but not least – auch über die Nutzung des Kasernenareals in der Stadt Zürich. Alles Entscheidungen, die wesentliche Bereiche unseres täglichen Lebens betreffen. Trotz der Wichtigkeit kantonaler Politik gehen nur gut 30% der Stimmberechtigten an die Urne, um das Parlament und die Regierung zu wählen. Eingeklemmt zwischen der grossen nationalen und der heimeligen lokalen Politik wird die kantonale Politik zu wenig beachtet.

Politik für Geldsäcke und Autolobby

Das nützt bis heute einer bürgerlichen Mehrheit im Rat, die einseitig für die eigenen Interessen Politik macht. Obwohl der Regierungsrat eine Mitte-Rechts-Mehrheit aufweist, wird er vom Kantonsrat regelmässig in die Schranken gewiesen und an die Kandare genommen – damit noch rigorosier gespart und Steuern gesenkt werden.

Beispiele sind die Umsetzung von Sparprogrammen, die Schliessung von seit Jahrzehnten bewährten Lehrwerkstätten, der Durchmarsch der Hausbesitzer-Lobby beim Wassergesetz oder der Schiffsfünfliber, mit dem man den Leuten die kleine Freude einer Schifffahrt auf dem Zürichsee vergällte. Aktuell geplant ist eine Senkung der Unternehmenssteuern um einen Viertel in zwei Etappen. Und obwohl die Krankenkassenprämien immer mehr das Budget der kleinen Leute

und des Mittelstandes auffressen, knausert der Kanton bei der Prämienverbilligung. Die Politik gegenüber Migrantinnen und Migranten zielt auf Abschottung und Ausgrenzung. Eine Legalisierung von Sans-Papiers steht nicht zur Diskussion. Grundrechte werden unter dem Vorwand des Allgemeinplatzes Sicherheit eingeschränkt. Zurzeit reitet der Kantonsrat eine Attacke nach der anderen gegen die Stadt Zürich. Nicht nur der jahrelang ausgearbeitete Kompromiss um die Nutzung der heruntergekommenen Zeughäuser wurde abgeschossen, auch die Hoheit der Stadt über die Strassen soll noch weiter eingeschränkt werden. Das Diktum ist klar: Der Kanton möchte vermehrt auch der Stadt seine Politik der Geldvermehrung für die Gutverdienenden und seine Förderung des Autowahns aufzwingen.

Unruhe bewahren

Die AL war die letzten vier Jahre zum ersten Mal mit einer eigenen Fraktion im Rat vertreten. Obwohl nur zu fünft im Rat, konnten wir uns Gehör und einen Platz verschaffen. Es war eine grosse Herausforderung, zu vielen unterschiedlichen Themen das Wort zu ergreifen und einen inhaltlichen Beitrag zu leisten.

Ich darf mit Stolz sagen, dass uns das gelungen ist. Wir werden in und ausserhalb des Rates gehört. Wir haben entscheidend mitgeholfen, die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur zu verhindern. Dank uns gab es eine Volksabstimmung zur Senkung der Notariatsgebühren und wir haben uns mit dem Referendum gegen Steuergeschenke an die Immo-Haie gewehrt. Wir haben versucht, Geschlechterquoten in Regierung,

Gerichten und Parlamenten durchzusetzen. Immer wieder musste der Regierungsrat dank unseren Anfragen zu unbequemen Themen wie Medikamentenversuchen in Spitälern, Bezahlung von Polizeinformanten und –informantinnen oder die Zustände in Notunterkünften Stellung beziehen. Aktuell setzen wir klare Akzente bei der Gesetzesrevision zur Prämienverbilligung und unterstützen die CVP aktiv bei der Sammlung für ihre kantonale Initiative „Raus aus der Prämienfalle“, die eine Aufstockung der kantonalen Beiträge fordert. Mit insgesamt drei AL-Initiativen und einem Referendum geht es bei der Prämienverbilligung um eines der Kernthemen der AL.

AL stärken – Liste 8 einwerfen. Jetzt.

Diese Politik wollen wir mit einer verstärkten Fraktion weiterführen. Wir stehen dafür ein, dass im ganzen Kanton erschwingliche Tagesschulen für alle eingeführt werden, damit Beruf und Kinderbetreuung besser vereinbart werden können. Wir machen uns stark für die Förderung und den vermehrten Bau von gemeinnützigen Wohnungen. Wir kämpfen dafür, dass nicht zu Gunsten der Firmen an Bildung und Gesundheit gespart wird. Und wir setzen uns dafür ein, dass mit griffigen Massnahmen wie Fahrverboten für Autos und mit einem massiven Ausbau erneuerbarer Energien der CO₂-Ausstoss drastisch reduziert wird.

Im Kanton Zürich muss es Platz für alle haben. Darum am 24. März Liste 8 und Walter Angst in den Regierungsrat!
Markus Bischoff, AL-Kantonsrat und Fraktionspräsident

Termine

Sonntag, 24. Februar, 12 Uhr.
Brunch, 13 Uhr Steuervorlage 17 – fair oder unfair. Im Mimos, Kornhausstr. 18, Zürich.

Dienstag, 26. Februar. Veranstaltung der AL-Frauenliste im GZ Riesbach.

Dienstag, 26. Februar, 19.30 Uhr. AL Vollversammlung. Siedlung Hellmutsstrasse.

Samstag, 2. März, 13 Uhr, Bürkliplatz. Veranstaltung der AL-Liste 1/2: Keine Kommerzialisierung des Seeufers!

Samstag, 2. März, 19 Uhr, Küsnacht «Chrottegrotte». Wir zeigen den Film Eldorado von Markus Imhoof mit anschliessender Diskussion über die aktuelle Flüchtlingspolitik. Film: 19.30 Uhr, Bar ab 19 Uhr.

Sonntag, 3. März, 11 Uhr, Zürich/Opfikon. Wie wollen wir in Zukunft wohnen? Mit Agglomorage in der Wunderkammer.

Freitag, 8. März, 19 Uhr, Kulturförderung - wie weiter? Das grosse Frauenpodium im Zürcher Oberland zur Kulturfrage. Die Alternative Liste AL und die alternative wetzikon aw laden ein: Frauentag in der Koko Kulti Wetzikon mit Diskussion und AL Fest: Funky Female Friday.

Samstag, 9. März. AL-Benefizessen im Restaurant Zeughaushof.

Mehr Details und alle aktuellen Termine auf www.al-zh.ch/termine.

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Marco Toscano, Nadim Chammas, Molkenstr. 21, 8004 Zürich

sekretariat@al-zh.ch,
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

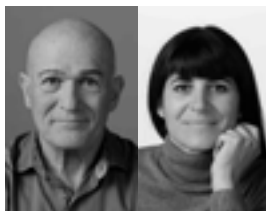
Auflage/Druck 2000 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Marco Toscano, Nadim Chammas

Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Attilio Stoppa, Dayana Mordasini, Marco Toscano, Nadim Chammas

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Wechsel im Gemeinderat



Edi Guggenheim im Q&A mit Olivia Romanelli

EG: Olivia, wer bist du eigentlich?

Ich wohne mit meinem Mann, meinen drei Kindern und einem Pflegekind in Wollishofen.

Als Heilpädagogin ist es meine Aufgabe, die Schule integrationsfähig zu gestalten, damit Kinder mit besonderen Bedürfnissen Teil der Volksschule sein können. Meine grosse Leidenschaft gilt den Bienen. Ich bin Imkerin und Betriebsberaterin von Bienen Schweiz. Zudem setze ich mich in Vereinen aktiv für den Erhalt der Biodiversität und für den Stadtwald ein.

OR: Edi, was sind denn deine Leidenschaften?

Das sind die, die ich auch im Rat vertreten habe. Es sind Quartieranliegen und all die Themen, die das Verständnis für Zürich als Ort mit wichtiger Vergangenheit lebendig erhalten – in kultureller Hinsicht, bei der Orts- und Denkmalpflege, aber auch beim Schutz der Natur und der Umwelt und – aus Sicht eines überzeugten Velofahrers – in Belangen des Verkehrs.

EG: Du bist noch nicht lange bei der AL. Was war dein erster Eindruck?

Als ich im Herbst 2017 zum ersten Mal an einer AL-Vollversammlung teilnahm, war ich sehr positiv überrascht, wie offen, vielseitig und wertschätzend die angeregte Diskussion um eine Parolenfassung stattfand. Da wusste ich, dass ich in der AL meinen Platz finden werde.

OR: Und du, Edi, mit welchen Erinnerungen an die AL verlässt Du den Rat?

Ich habe mich in meiner Fraktion ausserordentlich gut aufgehoben und unterstützt gefühlt. Geschätzt habe ich die grosse Offenheit und Freiheit und die Möglichkeit, mit Vorstössen meine Anliegen und Gedanken in den Rat einbringen zu können und dann häufig auch Erfolge zu erreichen.

EG: Du wirst den Sitz der AL in der Verkehrskommission übernehmen. Was sind deine Ziele?

Ich möchte die Themen Verkehr, Mobilität und Umweltschutz stärker in die AL einbringen.

Der MIV beansprucht einen riesigen Anteil unseres öffentlichen Raums. Deshalb fehlt dringend benötigter Platz für Fuss- und Velowege. Die Energieziele und Mobilitätsansprüche einer wachsenden Stadt lassen sich nur dann erfüllen, wenn wir konsequent auf effiziente, ressourcen- und raumsparende, leise und gesunde Mobilität setzen.

OR: Was wird aus Deiner Tätigkeit im Rat bleiben?

Als sehr grosse Hoffnung bleibt mir, dass sich der Stadtrat und später auch die Stimmbevölkerung mit Überzeugung für den Erhalt von Saal und Bühne des Schauspielhauses einsetzen, für die einzige freie Bühne und Fluchtziel in Europa in dunkelster Zeit. Für Zürich ähnlich bedeutend ist der Erhalt des Globus-Provisoriums im Andenken an die bewegte und horizonterweiternde 68er-Zeit. Es wird auch eine deiner Aufgaben sein, Olivia, dass du solche Anliegen weiterführst. Den guten Kontakt werden wir ja wie abgemacht weiterführen!



Montag, 4. Februar, im Haus Brugg in Adliswil: Julia König, AL-Spitzenkandidatin für Horgen, moderiert die Diskussion zwischen Regierungsratskandidat Walter Angst und Farid Zeroual, Stadtpräsident in Adliswil. Im Mittelpunkt standen die Steuersenkungen des Kantons Zürich auf Kosten der Gemeinden. Danke für die informative Auseinandersetzung!

Melanie Berner fürs 3/9



Melanie Berner will mit der AL einen zweiten Sitz im Wahlkreis 3/9 gewinnen!

Melanie, wer bist du?

Ich wohne mit meinem Partner und unserem Sohn in Albisrieden / Altstetten, vorher war ich im Kreis 3 zu Hause. Bald wird sich unsere Familie um ein Mitglied vergrössern, denn ich bin schwanger.

Beruflich bin ich als Gewerkschaftssekretärin tätig, als Verantwortliche für die Medienpolitik des Schweizer Syndikats Medienschaffender SSM. Dadurch ist die politische Arbeit kein Neuland für mich.

Ich habe bereits auf der AL Liste für den Gemeinderat kandidiert, weil es für mich ein Bedürfnis ist, mich politisch zu engagieren.

In meiner kargen Freizeit – vor allem vor der Geburt meines Sohnes – spielte ich Volleyball und betrieb Afrodance mit Leidenschaft und Genuss. Jetzt bleibt mir manchmal nur noch Zeit zum Lesen (High Fantasy) und ich liebe die währschafte Küche.

Wie bist du politisiert worden?

Ich bin in einer politisierten Familie aufgewachsen. Politik an und für sich wie auch politische Themen, wurden bei uns zu Hause rege diskutiert und soziales Engagement war bei uns immer Teil des Familienlebens, auch ausserhalb der traditionellen politischen Strukturen.

Den Drang, mich politisch zu engagieren, verspürte ich nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative 2010. Das Abstimmungsergebnis schockierte mich nach Annahme der Minarettinitiative zum zweiten Mal innert relativ kurzer Zeit. Und motivierte mich, nun doch endlich einer Partei beizutreten.

Wann hast du das erste Mal von der AL gehört?

Ich erinnere mich daran, dass ich Niggi Scherr reden gehört habe, vielleicht war das an einer 1. Mai-Demo. Als erstes fiel mir natürlich sein Dialekt auf, da ich

selber aus der Agglomeration von Basel nach Zürich gekommen bin. Mich hat der Inhalt seiner Rede angesprochen und ich fing an, mich über die AL und ihre Standpunkte zu informieren.

Warst du vorher schon in einer Partei?

Nein, ich habe die Programme anderer Parteien geprüft, aber die AL liegt mir am nächsten. Deshalb bin ich der AL vor ein paar Jahren beigetreten.

Was macht die AL anders als die anderen?

Ich schätze die Struktur oder besser die „Nicht-Struktur“ der AL. Der Einbezug der Basis, die Möglichkeiten, dass sich Aktivist*innen an den Vollversammlungen unkompliziert einbringen können.

Wo liegen deine politischen Schwerpunkte?

Von meinem beruflichen Engagement her interessiert mich das Feld des „Service public“ und da speziell der Medienbereich. Die Gleichstellung in unserer unmodernen Gesellschaft, die Forderung von Chancengleichheit, Fragen der Familienpolitik, bezahlbarer Wohnraum und damit die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind Politikfelder, für die ich mich einsetzen will.

Was findest du besonders ungerecht auf der Welt?

Neben der Arbeit und der Familie bin ich aktiv in einem kleinen Verein tätig, welcher im Senegal ein Kinderhaus betreibt. Ich habe eine Affinität zu Afrika, war mehrfach vor Ort und deshalb liegen mir die Fragen rund um Migration und die Schicksale geflüchteter Menschen am Herzen.

Wie hast du den Wahlkampf bis jetzt erlebt und bist du weiter motiviert?

Bisher war der Wahlkampf für mich eher ruhig. Ich weiss aber, dass sich das in den nächsten Wochen ändern wird und ich bin bereit, meinen Beitrag für einen erfolgreichen Wahlausgang der AL zu leisten.

Hast du Erwartungen an die AL?

Ich erwarte von der AL, dass sie ihre Hybridität zwischen sozialer Bewegung und politischer Partei beibehält und auch weiterhin den unkomplizierten Austausch mit ihren Mitgliedern und allen Interessierten pflegt. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass die AL weiblicher, jünger und ja, auch ein bisschen grüner wird.

Interview Attilio Stoppa

AL-Buchtipps



Natalie Eberle empfiehlt Silvia Federici: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Mandelbaum Verlag, Graz

2012, ISBN: 978-3-85476-670-4

Silvia Federici katapultiert uns in die Anfänge des Kapitalismus im Mittelalter. Sie zeigt, welche zentrale Rolle die Entmündigung der Frauen für die Etablierung des Kapitalismus hatte: Bürger, Klerus und Handwerksgilden entwerteten radikal die Arbeit der Frauen und verbannten sie aus dem öffentlichen Leben. Damit einherging die Einführung der Sklaverei. Die Frauen wurden auf die Reproduktion reduziert, ihre Arbeit zu Heimarbeit deklariert und damit wirtschaftlich unsichtbar gemacht. Ein Erbe, das bis heute in unserer Gesellschaft weiterbesteht. «Caliban und die Hexe» (2004) ist bis heute das wichtigste Werk von Federici, die sich seit den 70er-Jahren mit Care-Arbeit auseinandersetzt, welche sie als konstitutiv für den Kapitalismus einstuft. Ein super Buch zur Einstimmung auf den Frauenstreik am 14. Juni 2019.



Melanie Berner empfiehlt Fatou Diome: Der Bauch des Ozeans. Diogenes Verlag, Zürich 2004, ISBN: 978-3-257-23521-0

Nicht mehr ganz neu,

aber nach wie vor sehr aktuell ist dieser Debütroman.

Die junge Senegalesin Salie lebt in Frankreich. Ihr kleiner Bruder Madické verlangt, dass sie ihn ebenfalls nach Frankreich holt. Er träumt von einer Karriere als Profifussballer und ist immun gegen die Warnungen seiner Schwester, dass Frankreich nicht das Paradies und Fremde nicht unbedingt willkommen seien. Lieber verliert er sich in den fantastischen Erzählungen eines Dorfbewohners, der als reicher Mann aus Frankreich zurückgekommen ist.

Nebst viel Fussball gibt der Roman Einblick in einen Teil der senegalesischen Gesellschaft wie auch in das Leben von Immigrierten in Frankreich. Rassismus, Polygynie, Heim- und Fernweh und vieles mehr webt Fatou Diome in ihre Erzählung ein.

Gegen Umverteilung von unten nach oben

2017 nahm der Kanton Zürich 6'136 Mio Franken Staatssteuern und 280 Mio Franken Erbschaftssteuern ein. Eine äusserst konservative Schätzung der Regierung kam 2013 zum Schluss, dass wegen der Abschaffung von Steuern, Steuererleichterungen und Steuerfussenkungen, die zwischen 1998 und 2013 beschlossen wurden, bei der Staatssteuer jährlich 893 Mio und bei der Erbschaftsteuer 235 Mio Franken weniger in die Kantonskasse fliessen (Anfrage Stefan Feldmann, KR 2014/7).

Bürgerliche Klientelpolitik für Vermögende, Firmen und Immo-Haie

Das Gros dieser Steuerlöcher entstand vor mehr als zehn Jahren. Um die Jahrtausendwende und in den Nullerjahren konnten die Bürgerlichen, auch in Volksabstimmungen, markante Steuererlässe für ihre Klientel – Grossverdienende, Vermögende, Immobilienbesitzer und Firmen – durchsetzen: 1999 die Abschaffung der Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen, eine – vermeidbare – historische Niederlage der Linken, 2005 die Abschaffung der Handänderungssteuer, die in den Gemeindekassen ein Loch von mindestens 120 Mio Franken hinterliess. 2005 brachten der Übergang zur proportionalen Gewinnsteuer und die Halbierung der Kapitalsteuer für die Unternehmen ein Minus von 130 Mio Franken bei der Staatsteuer und nochmals gut so viel bei den Gemeinden. Gut ein Drittel der Mindereinnahmen – 320 Mio Franken – entfällt auf die etappierte Senkung des Staatssteuerfusses von 108% auf 100%, von der Gutverdienende, Banken, Versicherungen und Konzerne aufgrund der Steuerprogression überproportional profitierten.

Finanzkrise bringt Trendwende in der Steuerpolitik

Die Finanzkrise von 2008 führte zur Trendwende. Im Februar 2009 wurde zur Überraschung aller die AL-Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer für ausländische Millionäre mit 53% Ja angenommen. Damit setzte die AL ein steuerpolitisches Fanal. Seither ist Zürich ein hartes Pflaster für bürgerliche Steuererlagen. 2011 wurde die Abschwächung der Progression bei der Einkommens- und Vermögenssteuer abgelehnt, die Teilabschaffung der Kapitalsteuer für Firmen scheiterte 2012 an einem AL-Referendum,



Zürich 2010, die AL reicht ihr Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform ein.

die Reduktion der Steuersätze bei der Grundstückgewinnsteuer wurde 2013 abgeschmettert, 2017 erlitt die Unternehmenssteuerreform III auch in Zürich grandios Schiffbruch. Gescheitert sind wir einzig mit unseren beiden Referenden gegen Steuer- und Gebührengeschenke an die Immo-Haie: die Reduktion der Grundbuchgebühren (2016) und die Verlustanrechnung für Firmen bei der Grundstückgewinnsteuer (2018).

AL: Konsequenter gegen jede Umverteilung von unten nach oben

Die AL hat einen klaren steuer- und gebührenpolitischen Kompass. Wir wenden uns ohne Wenn und Aber gegen jede Form von Umverteilung von unten nach oben. Wir haben deshalb alle sektoriellen und einseitigen Steuer- und Gebührensenkungen und Steuerprivilegien für einzelne Gruppen – Gutverdienende, Vermögende, Immobilienbesitzer, Firmen – stets konsequent bekämpft und tun das auch weiterhin.

Faire Zwangsgebühren für alle – keine Rabatte für Grossverbraucher

Im Gegenzug treten wir bei staatlichen Zwangsgebühren für Abfall, Wasser und Abwasser, Strom etc., die alle treffen, für massvolle, kostendeckende Gebühren ohne Monopolabzocke ein. So hat die AL in der Stadt Zürich – ohne die finanzielle Substanz der kommunalen Betriebe zu gefährden – mit grossem Erfolg markante Gebührenreduktionen durchgesetzt, die für Kleinverbraucher und Kleinverdiener oftmals mehr bringen als die – namentlich von der Sünnelipartei – populistisch hochgejubelten Senkungen des Steuerfusses.

Statt Mengenrabatte für Grossverbraucher zu gewähren, haben wir beim Stadtzürcher ewz substantielle Bonusaktionen für alle Strombezüger erwirkt. Im Zuge der von der AL bekämpften Strommarkt-Liberalisierung sind heute für grosse Stromverbraucher, die ihre Tarife auf Vertragsbasis aushandeln können, leider sozial wie ökologisch gleichermaßen fragwürdige Dumping-Preise im Vormarsch.

Kampf gegen unsoziale Kopfsteuern

In diesen Auseinandersetzungen geht es stets um die faire Verteilung von Ressourcen. Sie finden nicht nur im unmittelbaren Steuerbereich statt. Eine der krassesten Umverteilungen von unten nach oben findet bei den Kopfprämien der obligatorischen Krankenversicherung statt. Für viele, vor allem für Haushalte mit Kindern, belasten sie heute das Budget weit mehr als die Steuern. Eine Familie mit zwei Kindern mit 75'000 Franken steuerbarem Einkommen – das entspricht etwa dem Median – zahlt in der Stadt Zürich knapp 8'000 Franken Kantons-, Gemeinde- und Bundessteuern. Die regionale Durchschnittsprämie mit Normalfranchise liegt dagegen bei 15'456 Franken, auch mit der höchsten Franchise und dem HMO-Modell sind es immer noch um die 10'000 Franken. Und das ohne Anspruch auf Prämienverbilligung. Darum lässt sich der Kampf für eine ausreichende Prämienverbilligung, den die AL seit ihrer ersten Volksinitiative im Jahr 1995 dezidiert führt, nicht vom Kampf um Steuergerechtigkeit trennen. Bei der Prämienverbilligung geht es um einen Abtausch asozialer, degressiver Kopfprämien durch progressiv erhobene Steuern.

Niklaus Scherr

Weichenstellung in Bund und Kanton

Am 19. Mai stimmen wir im Bund dank dem von der AL Zürich aktiv mitgetragenen linksgrünen Referendum über die Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF 17) zur Reform der Unternehmenssteuern und am 1. September über die Umsetzung im Kanton Zürich ab. Die AL sagt zweimal Nein. Mehr dazu im nächsten Info.

«Ambulant vor stationär»: Billiger Spartrick?

Der grosse medizinische Fortschritt erlaubt es, zahlreiche Eingriffe ambulant durchzuführen. War früher ein mehrtägiger Spitalaufenthalt mit aufwendiger Operation nötig, kann heute die Behandlung mit minimal invasiven Mitteln vorgenommen werden. Patientinnen und Patienten können noch am selben Tage nach Hause gehen.

Sinnvolle Lösung...

Diese moderne Behandlungsart ist grundsätzlich zu begrüßen: Sie ist schonender, patientenfreundlicher und auch günstiger als die traditionelle Chirurgie. Deshalb kommt die Strategie der kantonalen Gesundheitsdirektion «ambulant vor stationär» äusserst sympathisch daher. Doch warum braucht es diese Strategie? Eine schonendere, freundlichere und günstigere Medizin sollte sich doch von selbst durchsetzen?

...durch Fehlanreize torpediert

Das ist nicht der Fall: Das schweizerische Gesundheitswesen ist mit zahlreichen Fehlanreizen gespickt. Durch den Pseudowettbewerb unter den Zürcher Spitälern kommen weitere falsche Anreize und Versäumnisse hinzu. Obwohl ambulante Behandlungsmethoden wirtschaftlicher und zweckmässiger sind, haben weder die Spitäler noch die Krankenkassen ein echtes Interesse daran. Die Spitäler, weil ambulante Eingriffe oftmals die Kosten nicht decken, während stationäre Eingriffe lukrativ sind, insbesondere wenn es sich um zusatzversicherte Patientinnen und Patienten handelt. Die Krankenkassen sind aus einem anderen Grund desinteressiert: Bei stationären Behandlungen müssen sie bloss 45 Prozent der Kosten tragen, der Rest geht zulasten des Kantons; bei ambulanten Eingriffen bezahlen sie 100 Prozent. Will ein Versicherer tiefe Prämien anbieten, muss er stationäre Methoden favorisieren.

Monistische Gesundheitsfinanzierung

Trotzdem: eine Strategie «ambulant vor stationär» ist notwendig. Die Politik hat den Ball aufgegriffen und will den Fehlanreiz beseitigen. Die Lösung lautet: monistische Gesundheitsfinanzierung. Konkret wird verlangt, dass ambulante und stationäre Leistungen gleich finan-

ziert, das heisst von Kassen und Kantonen gemeinsam getragen werden sollen. Damit kommen die Kantone ins Spiel – mit dem Kanton Zürich an vorderster Front. Sie sperren sich gegen eine einheitliche Finanzierung, weil sie die Kosten scheuen. Und sie wollen mehr Macht im Gesundheitswesen.

Billiger Spartrick des Kantons

Die Kantone gehen einen anderen Weg. Der Zürcher Regierungsrat brachte im Rahmen des Sparprogramms Lül16 eine Änderung des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes ein, mit der die ambulanten Behandlungen gefördert werden sollen. Das gegen die Stimmen der AL verabschiedete Gesetz sieht vor, dass die Gesundheitsdirektion Untersuchungen und Behandlungen bezeichnen kann, die ambulant durchgeführt werden müssen. Dass nun Gesundheitsbürokraten über die Methode der medizinischen Leistungen entscheiden, rückt das Gesundheitssystem bedenklich in die Nähe von Rationierungen und Kontingenten. Das Problem geht noch tiefer: Der Kanton beteiligt sich nur noch in begründeten Ausnahmefällen an stationären Eingriffen. Unterm Vorwand der Förderung von ambulanten Behandlungen realisiert er Einsparungen. Stolz rechnet Noch-Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) vor, dass der Kanton 7 Millionen Franken pro Jahr sparen könne. Am Ende bedeutet das nichts anderes, als dass die Kosten auf die Krankenkassen bzw. auf die Prämienzahlenden verschoben werden.

Verwaltungsgericht Aargau kassiert Kostenabwälzung

Dass der billige Spartrick des Kantons Zürich unzulässig ist, stellte das Aargauer Verwaltungsgericht in einem ähnlich gelagerten Fall fest. Es hat die Spitalverordnung des Kantons Aargau mit Entscheid vom 5. Dezember teilweise aufgehoben und kam zum Schluss, dass es einzig dem Bund obliege, stationäre Behandlungs- und Untersuchungsmethoden zu bezeichnen, deren Kosten nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen vom Kanton und den Versicherern zu tragen seien. Den Kantonen stehe es nicht zu, ihre Kostenpflicht eigenständig einzuschränken. Eine Ausnahme bestehe einzig dort, wo die Kontrolle im

Einzelfall ergibt, dass der Eingriff nicht den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit entspricht.

Fazit: «Ambulant vor stationär» ist sinnvoll, durchsetzen lässt sich dies aber nicht als Sparmassnahme zulasten der Kopfprämien, sondern einzig, indem die Fehlanreize konsequent beseitigt werden.

Kaspar Bütikofer, AL-Kantonsrat



AL sammelt für mehr Prämienverbilligung

Die AL Zürich hat beschlossen, die CVP beim Schlusspurt der Unterschriftensammlung für ihre kantonale Initiative «Raus aus der Prämienfalle» zu unterstützen. Die Initiative verlangt eine Aufstockung der kantonalen Beiträge an die Prämienverbilligung von 80% auf 100% des Bundesbeitrags. Die Prämienverbilligung ist ein Kernthema der AL, wir haben dazu bisher drei Initiativen und ein Referendum lanciert und eine substantielle Erhöhung der Prämienzuschüsse erreicht. Für uns ist klar, dass wir bei der CVP-Initiative überparteilichen Support leisten. Das Anliegen ist umso dringender, als die vorberatende Kommission entschieden hat, dass der Kanton weiterhin nur 80% statt 100% des Bundesbeitrags beisteuert. Nach dem Bundesgerichtsentscheid zur Prämienverbilligung im Kanton Luzern besteht aus Sicht der AL auch im Kanton Zürich dringender Anpassungsbedarf bei der Verbilligung der Kinderprämien für Haushalte mit mittleren Einkommen.

AL-Spitzen trio im Wahlkreis Dietikon

Wie seid ihr zur AL gekommen? Warum kandidiert ihr in Dietikon?

Manuela Schiller: Ich bin Gründungsmitglied der AL. Politisiert wurde ich in den siebziger Jahren in Dietikon. Wir kämpften für die Wiedereröffnung des Jugendhauses, gründeten die Juso Dietikon, waren aktiv bei den Limmattaler AKW-Gegnern und machten uns stark für eine Alu-Sammelstelle und einen Drittweltladen. Nach meiner Einbürgerung war ich für die SP im Wahlbüro und Jugendvertreterin in der Kulturkommission. Meine Familie lebt nach wie vor in Dietikon und ich bin seit jeher mit der italienischen Community verbunden.

Ernst Joss: Ich habe 1968 an der ETH studiert und bin ein typischer 68er. Da liegt es nahe, dass ich mich der AL als einer klaren Linkspartei anschloss. Seit

12 Jahren treffen wir uns im Limmattal regelmässig und sind in Dietikon und Oberengstringen in den Behörden vertreten.

Stefan Bolz: Ich bin durch die 80er Bewegung politisiert worden. An der AL gefällt mir, dass sie den Bewegungsscharakter bis heute pflegt und Hierarchien gegenüber sehr kritisch ist.

Wo seht ihr die speziellen Probleme in eurem Wahlkreis?

Ernst: Das Limmattal wurde in den letzten Jahrzehnten Teil der Stadtlandschaft Zürich. Trotzdem haben sich die Grenzen der Stadt Zürich seit der Eingemeindung von 1934 nicht verändert. Es ist Zeit, die politischen Strukturen den geänderten Siedlungsstrukturen anzupassen.

Stefan: Das ist umso wichtiger, als immer mehr Wohlhabende in die Stadt Zürich ziehen und weniger Betuchte verdrängen. In der Agglo ist es genau umgekehrt, was unter den bürgerlich regierten Gemeinden zu einem Abwehrkampf gegen Sozialfälle geführt hat. Dieser schädliche Wettbewerb gegen unten kann mit neuen Strukturen gestoppt werden.

Ein weiteres Problem ist der Verkehr. Während der ÖV auf der linken Talseite stetig ausgebaut wird, droht die kleinere rechte Seite immer mehr dem Individualverkehr überlassen zu werden. Dabei wäre das Umsteigepotential gerade dort am grössten.

Manuela: Ich wohne beim Farbhof. Von dort aus bin ich mit dem ÖV viel schneller in den meisten Limmattaler Gemeinden als an meinem Arbeitsort im Seefeld. Schlieren und Dietikon könnten auch Kreis 13 und 14 von Zürich sein – oder Altstetten Teil der Limmattalstadt. Die heutige Stadtgrenze ist noch in vielen Köpfen vorhanden, aber schon längst von der rasanten Entwicklung überholt worden. Sie hindert uns, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

AL-Spitzenkandidatin Horgen

Ich bin das älteste von vier Kindern und in Basel aufgewachsen. Mit sechzehn trat ich dem Jugendparlament in Basel bei und wurde im selben Jahr in den Vorstand gewählt. Ich machte mich bereits damals in der Bildungskommission für die Rechte der Schüler*innen stark.

Mein Gespür für soziale Ungerechtigkeiten wurde vor allem in Sierra Leone, Westafrika, geweckt.

Als 13-Jährige reiste ich 1993 mit meiner Mutter (Ethnologin) und meinen Geschwistern nach Freetown. Wir lebten mitten in der Stadt und damals, vor dem Krieg, gab es da praktisch keine "weissen" Leute, welche nicht weitab, auf den Hügeln in Villen lebten. Wir lernten das Anders- und Fremdsein direkt kennen.

Ich besuchte eine katholische Mädchenschule und erlebte teils traumatische, schockierende Dinge, aber natürlich auch wunderbar bereichernde.

Mein Engagement gehört bei der AL den Familien, Zugewanderten und Menschen, die durch das lose Netz unserer bürokratischen und kalten Gesellschaft fallen.

Ich setze mich für eine solidarische Gesellschaft im Sinne einer Gemeinschaft

ein. Ich bin gegen die Privatisierung und die Bereicherung einiger Wenigen. Ganz besonders richte ich meine Aufmerksamkeit auf das Bildungssystem im Kanton.

Ich setze mich nicht nur für die Schüler*innen im Sinne der Chancengleichheit ein, sondern auch für das Hort- und Lehrpersonal sowie für eine sinnvolle Verteilung der Ressourcen und weniger bürokratische Abläufe.

Als Präsidentin des Elternrats und als Mitglied des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes will ich dem gerecht werden.

Im Jahr 2012 engagierte ich mich aktiv

im Verein Chance Volksschule für die Grundstufe.

Der Bezirk Horgen liegt mir am Herzen, da ich zweimal in Richterswil geboren habe und mein Partner seit zehn Jahren an der FH in Wädenswil arbeitet. Wir haben uns immer wieder überlegt, in den Bezirk zu ziehen, bleiben aber bewusst in der Stadt und arbeiten in der Agglo (ich arbeite in der Gemeinde Lindau).

Eine gute Beziehung mit den angrenzenden Gemeinden und deren Stärkung im Bereich der bezahlbaren Wohnungen, dem kulturellen Angebot und der Betreuung ist für mich selbstverständlich und hält unseren Kanton durchmischt, lebendig und attraktiv.

Seit zehn Jahren arbeite ich als Kindergärtnerin und lebe seit 18 Jahren in der Stadt Zürich in Wiedikon.

Ich habe zwei Töchter im Alter von vier und sieben Jahren.

In meiner Freizeit gehe ich sehr gerne aus, tanze und halte mich mit Yoga fit. Ich stricke, nähe und werke gerne an alten Möbeln herum. Mit meinen Mädchen nutze ich gerne und oft das vielfältige Angebot in der Stadt und im Kanton.

Julia König



Julia König, AL-Spitzenkandidatin in Horgen.

Die starre Sitzverteilung muss sich ändern!



Aus allen Winkeln des Kantons reisen die Zürcher Kantonsrätinnen und Kantonsräte zur montagmorgentlichen Ratssitzung an. Sie strömen zwischen 8.00 und 8.15 Uhr ins Rathaus.

Die mittelalterlich winzige Garderobe für 180 Parlamentsmitglieder ist winters eng vor lauter Mänteln und erfordert emsiges Schlängeln zwischen den Rein- und Rausgehenden. An der Treppe, die zum Ratssaal führt, begrüßen Polizeibeamte die Angereisten, die ihrerseits den Kantonsratsausweis vorstrecken mit einem Grusswort auf den Lippen. In der Eingangshalle angelangt, greifen viele in eine Kiste mit Äpfeln und eilen weiter zur Anwesenheitsliste, die zügig unterschrieben wird; einige streben zur Zeitungsauslage, die von Parteiblättchen der EDU und SVP, dem Völkischen (Weltwoche) bis zur WOZ reicht, und wieder andere betreten ohne Umschweife durch die schwere

Eingangstür den grossen Saal – vorbei am Weibel, dessen Begrüssung sich im allgemeinen Raunen verliert. Die Ratspräsidentin eröffnet die Sitzung, die letzten Ankömmlinge nehmen in den engen Bankreihen ihren Sitzplatz ein, begleitet von der wuseligen Choreografie des Aufstehens und Platznehmens mit Händeschütteln und Kopfnicken.

Die Sitzverteilung ist gesetzt: Rechts im Saal sitzt die Ratslinke (54). Links im Saal die Bürgerlichen (90). Die Mitte (36) verteilt sich gegenüber dem „Bock“ mit Präsidentin und ihren Vizes, den Sekretär*innen sowie Protokollschreiber*innen. Wer die Zahlen aufmerksam studiert, kann sich das politische Klima vorstellen: Die Bürgerliche Mehrheit bestimmt. Die Linke ächzt (?) mit Akzenten des Widerstands. Das macht mürbe.

Bitte mobilisiert Menschen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, auch kantonal zu wählen. Die starre Sitzverteilung muss sich ändern, damit ein realpolitisches Tauziehen überhaupt stattfinden kann.

Laura Huonker, AL-Kantonsrätin

Willkür und Intransparenz im geänderten Sozialhilfegesetz



Seit dem 1. März 2018 erhalten vorläufig aufgenommene Ausländer*innen nach einem Volksentscheid im Kanton Zürich keine Sozialhilfe mehr, sondern nur noch Asylfürsorge.

Ende letzten Jahres wurde uns in der Spezialkommission Sozialdepartement der Bericht der Monitoring- und Anlaufstelle map-F präsentiert, der aufzeigt, wie unterschiedlich das neue Gesetz von den Gemeinden interpretiert wird.

Für die rund 5600 Betroffenen hat die Gesetzesänderung massive finanzielle Konsequenzen, denn der in der Sozialhilfe festgelegte Grundbedarf von 986 Franken pro Person wird in der Asylfürsorge quasi halbiert.

Die Empfehlungen der Sozialkonferenz zur Umsetzung des Systemwechsels werden von vielen Zürcher Gemeinden nicht befolgt. Dementsprechend variieren die Leistungen zwischen den Gemeinden stark, sogar der Grundbedarf ist jeweils unterschiedlich hoch angesetzt. Einige Gemeinden haben eigene Regeln erlassen

oder die Festsetzung des Grundbedarfs der Asylfirma ORS übertragen. Stäfa hat beispielsweise beschlossen, dass eine Einzelperson monatlich nur noch 360 Franken erhalten soll – die Sozialkonferenz empfiehlt 690 Franken!

Nur noch jede dritte Gemeinde erlaubt für vorläufig aufgenommene Menschen gleich hohe Mieten wie in der Sozialhilfe. In einigen Gemeinden werden im Schnitt nur noch 300 bis maximal 350 Franken pro Kopf bewilligt. Der Bericht zeigt auch auf, dass eine Mehrheit der Gemeinden Leistungen für berufliche und soziale Integration gekürzt hat.

Immerhin hat die Stadt Zürich beschlossen, vorläufig Aufgenommene bei der Miete und für situationsbedingte Leistungen über die Asylfürsorge hinaus zu unterstützen. So sieht das Stadtzürcher Budget 2019 in der Asylfürsorge einen Mehraufwand von 3,9 Mio. Fr. für die berufliche Integration von vorläufig aufgenommenen Ausländer*innen vor.

Die willkürliche und intransparente Umsetzung des neuen Gesetzes müsste vom Regierungsrat durch verbindliche Richtlinien behoben werden. Doch dieser sieht keinen Handlungsbedarf.

Ezgi Akyol, AL-Gemeinderätin

Unruhe bewahren

14. Januar AL Frauen* schalten eine eigene Webseite auf: <https://frauen.al-zh.ch/>

16. Januar AL-Gemeinderätin Andrea Leitner geisselt in einem fulminanten Votum den planerischen Kuschelkurs des Stadtrats gegenüber der Swiss-Re; die AL stimmt als einzige Fraktion gegen den Gestaltungsplan Mythenquai, dank dem der Versicherungs-Multi höher bauen darf und keine Wohnungen erstellen muss.

23. Januar Der Gemeinderat überweist eine Motion von Eduard Guggenheim (AL) und Stefan Urech (SVP) in „abgeschwächter Form“: verlangt wird, dass der Stadtrat in seinem Bestreben, das Schauspielhaus total auszuhöhlen, einen Gang zurückschaltet und Möglichkeiten für den Erhalt prüft (GR 2018/399).

30. Januar Der Gemeinderat erklärt drei Interpellationen zum Rosengartenprojekt von SP, Grünen und AL für dringlich. Die AL will unter anderem wissen, wie der Stadtrat heute zur damaligen Vereinbarung und Kompetenzabtretung an den Kanton steht.

23. Januar Anwohnerinnen und Anwohner – aktiv unterstützt von der AL Kreis 1+2 – übergeben Stadtrat Odermatt eine Petition gegen ein Luxushochhaus vor der Liegewiese am See in Wollishofen.

25. Januar Patrik «Päde» Maillard rückt für Rosa Maino im Gemeinderat nach.

25. Januar AL startet das Crowdfunding für die Kantons- und Regierungsratswahlen.

29. Januar Die AL-Vollversammlung spricht sich dezidiert gegen den Rosengartentunnel aus.

1. Februar AL beschliesst aktive Sammel-Unterstützung für die CVP-Initiative «Raus aus der Prämienfalle», die höhere Verbilligungsbeiträge des Kantons fordert.

2. Februar Die AL beteiligt sich aktiv an der eindrücklichen Klimademo in Zürich.

6. Februar Edi Guggenheim tritt aus dem Gemeinderat zurück, für ihn rückt Olivia Romanelli nach.

Finanzen

Wir sind mitten im Wahlkampf! Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende:

Alternative Liste Zürich,
PC 87– 63 811– 5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

